

Offenheit zwischen öko und konventionell - Neuer FiBL-Chef will Diskurs intensivieren

Für mehr Offenheit zwischen ökologischem und konventionellem Landbau plädiert der künftige Leiter des Forschungsinstituts für Biologischen Landbau (FiBL), Prof. Knut Schmidtke. „Beide Seiten können voneinander lernen und profitieren“, sagt der Agrarwissenschaftler im Interview. Er bezeichnet den ökologischen Landbau als „wichtigen Innovationstreiber“ und kündigt an, den Dialog über zentrale Fragen der Landwirtschaft zu intensivieren. Dazu zählt für ihn auch der Umgang mit neuen Züchtungstechniken. Er sei überzeugt, so Schmidtke, „dass sich der ökologische Landbau mit CRISPR/Cas auseinandersetzen muss.“ Der Staat sei gefordert, sich stärker in der Ökoforschungsförderung zu engagieren.

Länderberichte 1

EU-Rechnungshof fordert mehr Risikominimierung beim Pflanzenschutz

Nachholbedarf bei der Messung und Verringerung von Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) ausgemacht. In einem Sonderbericht kritisieren die Rechnungsprüfer, dass nicht alle EU-Staaten die bereits 2009 beschlossene EU-Pflanzenschutzmittelrichtlinie umsetzten. Laut dem EuRH ist auch Deutschland den Vorgaben aus Brüssel bisher nicht hinreichend gefolgt. Derweil sehen COPA/COGECA die Bedeutung des Pflanzenschutzes in dem Bericht nicht hinreichend gewürdigt. Sie warnen, dass weniger oder ineffektivere Wirkstoffe die Lebensmittelversorgung negativ beeinflussen könnten.

EU-Nachrichten 1 und 2

Geänderter Düngeentwurf liegt in Brüssel - Binnendifferenzierung der Roten Gebiete

Die Bundesregierung hat der EU-Kommission einen überarbeiteten Entwurf für eine Änderung der Düngeverordnung übermittelt. In einigen Punkten konnte die Regierung Erleichterungen erreichen. Ansonsten besteht die Kommission auf den zuvor bekannt gewordenen zusätzlichen Verschärfungen. Bei der Ausweisung der Roten Gebiete soll es ein einheitliches Vorgehen der Länder geben. Eine Binnendifferenzierung der nitratbelasteten Gebiete soll verpflichtend werden. Dem Vernehmen nach hat die Kommission die Einleitung eines Klageverfahrens angekündigt, sollte der Bundesrat am 3. April 2020 keinen Beschluss zur Novelle der Düngeverordnung fassen.

Länderberichte 28

Fahrplan für Umbau der Tierhaltung

Für unumgänglich hält das vom früheren Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert geleitete Kompetenznetzwerk einen Umbau der Tierhaltung in Deutschland. „Die Nutztierhaltung in Deutschland muss in die Lage versetzt werden, den fachlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen an den Tier- und Umweltschutz zu entsprechen und trotzdem wettbewerbsfähig zu bleiben“, heißt es im Abschlusspapier. Vorgeschlagen wird eine stufenweise Weiterentwicklung der Tierhaltung bis 2040 im Rahmen einer langfristigen Transformationsstrategie. Der Kommission zufolge können die Kosten für den Umbau nur zu geringen Teilen am Markt erlöst werden. Eine langfristig wirksame Finanzierungsstrategie müsse daher maßgeblich auf einer staatlichen Förderung beruhen. Dabei seien sowohl Prämien zur Abdeckung der laufenden Kosten als auch eine Investitionsförderung vorzusehen. Die Borchert-Kommission geht von Milliardenkosten für den Umbau aus. Der Betrag soll im Jahr 2040 rund 3,6 Mrd Euro betragen. Zur Finanzierung sprechen sich die Mitglieder des Netzwerks mehrheitlich für eine mengenbezogene Verbrauchssteuer auf tierische Produkte aus. Die Reaktionen auf die Empfehlungen fielen überwiegend positiv aus. Der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG), Friedrich-Otto Ripke, sprach von einem wichtigen Baustein für eine zukunftsfähige, von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragene Landwirtschaft in Deutschland. Grünen-Agrarsprecher Friedrich Ostendorff nannte die Zielvorgaben schlüssig. Das Kompetenznetzwerk zeige, „wie es weiter gehen kann.“ Kritische Stimmen gab es zur Finanzierung über eine Verbrauchssteuer.

Länderberichte 36